

Armut im „Land der Goldenen Pagoden“

Von Ulrike Bey

Im Dezember 2004 veranstaltete die Burma Initiative des Asienhauses in Bonn das Seminar „Soziale Sicherheit in Burma“. Nun liegt die Ausgabe 26 von Focus Asien „Armut im Land der Goldenen Pagoden: soziale Sicherheit, Gesundheit und Bildung in Burma“ mit den Beiträgen des Seminars vor, ergänzt durch Artikel über weitere Aspekte der sozialen Situation in Burma.

Der Begriff der sozialen Sicherheit beschreibt die Maßnahmen und Vorkehrungen, die vor Risiken des Lebens wie unter anderen Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit ergriffen werden. Umfassender ist er jedoch zu verstehen als die Vermeidung von sozialer Unsicherheit und Armut. Entsprechend wurde vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) der Begriff der „menschlichen Sicherheit“ als ein „Leben frei von Furcht und frei von Mangel“ geprägt, das heißt ungefährdet von Hunger und fehlendem Einkommen, Krankheit, Verbrechen und Unterdrückung. In enger Verbindung zur „menschlichen Sicherheit“ steht der erweiterte Menschenrechtsbegriff, der auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte umfasst. Somit zählen das Recht auf Bildung und Gesundheit, eine gesicherte Ernährung und Unterkunft zu diesen grundlegenden Menschenrechten. Dem burmesischen Militärregime wird vorgeworfen, seiner Bevölkerung diese grundlegenden Menschenrechte vorzuenthalten.

Der Titel des Focus Asien verweist auf Widersprüche in Burma. Reisende besticht das Land durch seine reichen Kulturschätze, mit Gold

bedeckte Pagoden und freundliche Menschen. Der geringe wirtschaftliche Fortschritt lässt den verträumten Eindruck eines „unberührten“ Asien aufkommen. Im Kontrast dazu stehen Berichte über gravierende Menschenrechtsverletzungen und menschliche Not.

In den letzten Jahren häufen sich die Meldungen über die kritische humanitäre Situation in Burma. Die sozialen Indikatoren – Sterblichkeitsraten, Bildungsindikatoren, Verbreitung von typischen Armutskrankheiten wie Malaria und Tuberkulose, die alarmierende Verbreitung von HIV/AIDS - zeichnen ein düsteres Bild über den Zustand des Landes. Einige Organisationen der Vereinten Nationen (VN) sprechen bereits von einer drohenden „humanitären Krise“. So wächst die Sorge, dass die steigende Armut und nationale Krise zu großen sozialen Unruhen führen könnten wie Ende 1987, die 1988 im Aufbegehren des Volkes gegen das Militär mündeten.

Die Demokratiebewegung 1988 wurde gewaltsam niedergeschlagen. 1990 fanden dennoch freie und demokratische Wahlen statt, bei denen die oppositionelle Nationale Liga für Demokratie unter Führung der bekannten Aung San Suu Kyi 80 Prozent der Sitze im Parlament gewann. Das Ergebnis wurde mit Verweis auf die Ausarbeitung einer Verfassung als Bedingung für die Machtübergabe niemals anerkannt.

Im Mai 1989 wurde Burma durch den damals herrschenden Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC), in

Myanmar umbenannt. Darüber hinaus wurden zahlreichen Städten und Flüssen neue Bezeichnungen gegeben. Die Verwendung der Bezeichnung Burma, Birma oder Myanmar in diesem Focus Asien liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Große Unterschiede

Burma ist ein ethnisch vielfältiger Staat. Ethnische Minderheiten - im Vergleich zur burmesischen Mehrheitsethnie - stellen etwa ein Drittel der 50 Millionen-Bevölkerung dar und bewohnen mehr als die Hälfte des Staatsgebietes. Administrativ ist das Land in sieben überwiegend von der burmesischen Mehrheit bewohnte Divisionen und sieben ethnisch benannte Teilstaaten (Arakan, Chin, Kachin, Shan, Karen, Karenni, Mon) eingeteilt.

Der südostasiatische Staat mit Grenzen zu China, Indien, Bangladesch und Thailand ist ein reiches Land voller Ressourcen. Ihm wurde Anfang der sechziger Jahre ein hohes Entwicklungspotential vorausgesagt. Doch vier Jahrzehnte Militärherrschaft, ökonomisches Missmanagement, der anhaltende Konflikte ethnischer Gruppen gegen die Zentraregierung und die Verbrechen des Militärs gegen die eigene Bevölkerung haben das Land heruntergewirtschaftet, so dass es 1987 den Status der *Least Developed Countries* (LDC) erhielt.

Burma ist geprägt von großen regionalen und zunehmend auch gesellschaftlichen Unterschieden.

Die Unterschiede sind zwischen Stadt und Land wahrnehmbar, wobei die ländlichen Gebiete besonders infrastrukturell und bei sozialen Einrichtungen von Vernachlässigung betroffen sind. Mehr noch gilt diese Vernachlässigung für die Gebiete ethnischer Minderheiten - oft entlegene Grenzregionen - in denen anhaltende Konflikte zwischen der Zentralregierung und ethnischen Armeen den Alltag beherrschen. Dort ist die Zivilbevölkerung von Umsiedlungsmaßnahmen, Zwangsarbeit, Gewalt mehr betroffen als in anderen Gegenden des Landes. Dies hat zur Vertreibung von Zehntausenden innerhalb des Landes geführt. Die Vertriebenen haben keinen Zugang zu einer grundlegenden Versorgung geschweige denn Gesundheits- und Bildungseinrichtungen.

Im Gegensatz dazu gibt es Bevölkerungsteile, die von der Öffnung für ausländische Investitionen und Tourismus seit 1988 maßgeblich profitiert haben. In deren Folge ist eine neue wohlhabende Mittelklasse von Militärangehörigen aber auch zivilen Wirtschaftsakteuren entstanden. Ihre Versorgung ist gewährleistet durch zunehmend private Einrichtungen gewährleistet.

Überblick

Im Vordergrund der Politik des regierenden Staatsrats für Frieden und Entwicklung (SPDC) stehen innere und äußere Stabilität, weniger das Wohlergehen der Menschen. Die Herrschenden haben durchaus eine Vision einer modernen und entwickelten Nation: Sie investieren in prächtige Bauten, neue Brücken, Straßen und Gebäude und neuerdings auch Informationstechnologie. Doch soziale Investitionen in das Bildungs- und Gesundheitssystem stehen nicht

sehr weit oben auf der Prioritätenliste der Militärs. Die Vorstellungen vom Wohlfahrtsstaat in historischer Perspektive sind Gegenstand des Beitrages von Hans-Bernd Zöllner, der sich dem allgemeinen Überblick von Marco Bunte anschließt.

Das existierende Gesundheitssystem besteht aus einer öffentlichen (kostenlosen) Gesundheitsversorgung, Einrichtungen für Militärangehörige und ihre Familien und einen wachsenden Privatsektor. Die Einrichtungen des Militärs und der private Sektor bietet verhältnismäßig gute Qualität. Dieser versorgt jedoch tendenziell nur diejenigen, die sich eine Behandlung leisten können. Das schließt mehr und mehr Arme von seinen Vorteilen aus. Tankred Stöbe von der Organisation *Ärzte ohne Grenzen* beschreibt in seinem Beitrag über das Gesundheitssystem das Problem der Vernachlässigung bestimmter Gebiete und berichtet über die Arbeit von *Ärzte ohne Grenzen*. Ergänzt wird sein Artikel durch einen Beitrag von *Images Asia*, in dem anhand zahlreicher Interviews der Zustand des Gesundheitssystems anschaulich beleuchtet wird.

Die Statistiken internationaler Organisationen geben dem Bildungssystem schlechte Noten. Besorgniserregend ist auch, dass die Universitäten seit der Niederschlagung der Demokratiebewegung immer wieder geschlossen sind. Die Angst vor der eigenen Bevölkerung und die Erklärung der Unmündigkeit des Volkes ist Gegenstand des Artikels über die Bildungssituation von Johannes Achilles, der darüber hinaus aus seinen Erfahrungen mit der Arbeit der *Hildesheimer Blindenmission* in Meiktila, Zentralburma, schöpft.

Frauen genießen ein hohes Ansehen in Burma. Dennoch werden in Kombination mit Armut, Gewalt und kulturellen Werten Ungleichheiten deutlich. Trotzdem sind beispielsweise viel mehr Frauen an Universitäten eingeschrieben als Männer. Der Situation von Frauen hinsichtlich von Gesundheit und Bildung ist ein eigener Beitrag gewidmet.

Opiumbann und Migranten

Im Jahr 2005 wurde über die Wa-Sonderregion im Shan-Staat ein Opiumbann verhängt, der mit einem Umsiedlungsprogramm verbunden wurde. Dies hat gravierende Folgen für die ohnehin schon arme Bevölkerung, die bisher auf den Opiumanbau für ihre eigene Überlebenssicherung angewiesen war und die nun keine Alternativen zur Sicherung der Grundbedürfnisse hat. Die Entwicklung der Wa-Sonderregion, des Opiumbanns und dessen Folgen für die arme Bevölkerung sind Gegenstand des Artikels von Michael Tröster.

Aufgrund von anhaltenden Konflikten, Unterdrückung oder aus wirtschaftlicher Armut verlassen viele Burmesinnen und Burmesen ihre Heimat, um Schutz in anderen Ländern zu suchen. Thailand ist eines der Länder, das die meisten Flüchtlinge und Migrant/innen aufnimmt. Da Thailand die Genfer Flüchtlingskonvention nicht unterzeichnet, sind die Flüchtlinge dort weiterer Verfolgung ausgesetzt. Gleichzeitig ist Thailands Wirtschaft auf die billigen Arbeitskräfte aus dem Nachbarland angewiesen. Jackie Pollock zeigt in ihrem Beitrag die Gesetzeslage für Migrant/innen und die Möglichkeiten ihrer Absicherung auf.

Humanitäre Hilfe

Die Frage der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit ist immer Thema für heftige Kontroversen. Nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung 1988 und der Nichtanerkennung der Wahlergebnisse von 1990 stellte die internationale Gemeinschaft bis auf wenige Ausnahmen die offizielle Entwicklungszusammenarbeit ein. Hilfe wurde als Nothilfe für Flüchtlinge vor allem in den Grenzregionen der Nachbarländer geleistet. Doch die zunehmende Armut, Mangelerscheinungen und die Ausbreitung von Krankheiten wie HIV/ Aids beschreiben Notstände, die ein tatenloses Zusehen nicht mehr rechtfertigen. Durch den Rückzug der finanziellen Unterstützung des Global Fund zur Bekämpfung von Malaria, Tuberkulose und HIV/Aids im August 2005 ist die Debatte neu entflammt.

Die Bedenken gegen den Einsatz humanitärer Organisationen, die beispielsweise von der Opposition geäußert werden, beinhalten eine Vielzahl an Fragen: Wie unabhängig können die Hilfsorganisationen arbeiten? Wird das Militärregime damit aus der Verantwortung genommen, für die

eigene Bevölkerung zu sorgen? Kommt die Hilfe wirklich den bedürftigsten Menschen zugute oder werden dadurch nicht wieder neue Unterschiede und damit Konflikte geschaffen? Jasmin Lorch diskutiert die Möglichkeiten der humanitären Hilfe in einem Regime wie Burma und verdeutlicht, wo die Chancen zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen liegen.

Ausblick

„Problematisch“, „mangelhaft“ oder „Krise“ sind Begriffe, die in fast allen Beiträgen auftauchen. Ziel des vorliegenden Focus Asien ist es vor allem, die Situation der sozialen Sicherheit armer oder vernachlässigter Bevölkerungsteile in Burma aufzuzeigen.

Dabei stellen sich vielfältige Probleme für die Untersuchungen. Eines davon ist das Problem der Datenerhebung. Viele Daten beruhen auf Schätzungen oder sind vor Jahren erhoben worden. Dennoch lassen sich aus ihnen bestimmte Trends ablesen. Vertiefende Untersuchungen beispielsweise über die Arbeit der unabhängigen einheimischen Nichtregierungsorganisationen fehlen, ebenso Angaben über andere For-

men der Absicherung wie Altersversorgung.

Für eine nachhaltige Verbesserung der Situation der Menschen in Burma und eine Bekämpfung der Armut bleibt letztlich die Forderung nach politischen Lösungen, einem Dialog zwischen den politischen Akteuren Militär, Opposition und ethnischen Parteien bestehen. Ein Teil der Krise könnte bereits dadurch gemindert werden, dass die Militäroperationen beendet und Waffenstillstandsvereinbarungen eingehalten, Fragen der Landverteilung gelöst und Gesetze zur Konfiszierung von Land abgeschafft werden.

Doch selbst befriedete Gebiete sind keine Garantie für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der Armen. So gibt es Regionen, die mit Waffenstillstandsverhandlungen wirtschaftliche Autonomie erlangt haben. Doch die Erträge der Ausbeutung von Bergbauprodukten, Jademineralen oder der Abholzung der Urwälder fließen nicht zurück in den Ausbau der sozialen Infrastruktur, sondern in die Taschen der neuen Führer.

Diese Widersprüche müssen Gegenstand der Debatten und der Versuche, politische Lösungen zu finden, bleiben.

